

Servicestelle für Behindertenfragen des Magistrats Salzburg

Nunmehr wurden das Bundespflegegeldgesetz sowie die damit eng verbundenen Landespflegegesetze mit Gültigkeit am 1. 7. 1993 von den entsprechenden Bundes- und Landesgremien beschlossen.

Wenn auch zu hoffen ist, daß die neuen Regelungen für möglichst viele behinderte Menschen eine bedeutende Verbesserung bei der Finanzierung von Pflege- und Betreuungsaufwendungen darstellen, um einen weiteren Schritt zur Führung eines selbstbestimmten Lebens zu ermöglichen, so werden doch sehr viele Fragen zu dieser Materie offen sein.

Wir bieten zu dieser Problematik, aber auch zu anderen sozialen und finanziellen Fragen in Verbindung mit chronischen Krankheiten und Behinderungen in der Stadt Salzburg dezentrale Sprechstunden an, deren Zeitpunkt und Ort Sie bei uns telefonisch im Büro erfragen können.

Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, daß wir auch in den Räumen des Salzburger Landeszivilinvalidenverbandes zu dieser Beratung zur Verfügung stehen, und zwar

jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 15 bis 18 Uhr.

Wir bitten Sie, in Ihrem Interesse von diesem Beratungsangebot Gebrauch zu machen.

Servicestellen für Behindertenfragen

Umfassende Beratung in allen Angelegenheiten, die für Menschen mit chronischen Erkrankungen von Bedeutung sind.

Behindertenbeauftragter
Wilfried Raith

Sekretariat
Isabella Grubinger

St.-Julien-Straße 20/3, Zimmer 340 b
Telefonische Terminvereinbarung: 0662/8072-3232

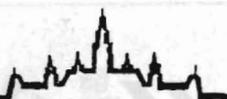
30 JAHRE

ÖSTERREICHISCHER ZIVILINVALIDENVERBAND

Auf dem Weg zu einer Lobby?



Jahrbuch 1994



Wer weiß...

Das ist unser Job: Wir helfen den Menschen, wo wir können. Dafür bringen wir Engagement und Fachkenntnis mit.

Aber - Hand aufs Herz: Wer von uns weiß schon alles?

Wo bekommen denn Bedürftige alle jene Hilfen, die von vielen öffentlichen und privaten Stellen geschaffen wurden?

In Wien, an vielen Stellen, das ist klar. Um sie zu finden, brauchen wir einen Wegweiser. Ein Handbuch halt, in dem alles steht.

Das gibt es. Die Stadtverwaltung hat es herausgebracht. Handlich im Format. Umfassend im Inhalt. Knapp in der Formulierung.

STADTATLAS SOZIALES

- so heißt dieses Handbuch aus losen Blättern, die man in einen Ordner hängt.

Auf 170 Seiten steht da jede Menge über finanzielle Hilfen, Gratisessen oder Obdachlosigkeit, über soziale Dienste, Hilfen für Kranke und Behinderte oder spezielle Leistungen für Senioren.

Anruf genügt, der Wiener Stadtatlas kommt ins Haus. Kostenlos. Zum Nachschlagen, weil man halt nicht alles wissen kann.

Mit dem Stadtatlas in der Hand ist das kein Problem mehr.

**STADTATLAS
SERVICE**

RATHAUS, 1082 WIEN

Telefonische Bestellung rund um die Uhr:
4000-8080 (Anrufbeantworter)

Die Entwicklung einer Lobby?

Legende des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes

Wie Phönix aus der Asche ist der Österreichische Zivilinvalidenverband sicher nicht gestiegen, sondern eher das Gegenteil war der Fall. Langsam, bedächtig und vereinzelt fanden sich Mutige, die den ersten Behindertenverein gründeten. Leider ist von diesen allerersten Schritten, von diesen Ideenträgern, nichts Schriftliches zu finden. Allererste Aufzeichnungen finden sich erst nach dem 2. Weltkrieg.

Im Jahr 1948 finden sich Rührige, die etwas ändern wollen, und nehmen sich Vorbilder im bereits seit 1927 bestehenden Kriegsopferverband. Ernst Kohn, wegen seiner jüdischen Herkunft ins Ausland emigriert, lernt die Behindertenfreundlichkeit Chinas kennen und gründet nach gewissen Erkenntnissen die „Erste Krüppelarbeitsgemeinschaft“ in Wien, und am 20. November 1948 wird bereits ein Zweigverein als Landesgruppe Oberösterreich gegründet (am 20. und 21. März 1948 wird die FIMITIC / internat. Behindertenverband / gegründet, bei deren Gründungsversammlung zwei öster-

reichische Delegierte jedoch nicht teilnehmen konnten, weil ihnen die damalige Besatzungsmacht kein Ausreisevisum ausgestellt hatte). Innerhalb kürzester Zeit finden sich viele Gleichgesinnte. Die Gründung einer „Geschützten Werkstätte“ (situiert in der Wickenburggasse 15 im 8. Wiener Gemeindebezirk) ist der erste Schritt zur Integration behinderter Arbeitnehmer. Leider geht diese GWS bald darauf pleite. Pleite ist die GWS allerdings nicht wegen mangelnder Aufträge oder schlechter Geschäftsführung gegangen, sondern, wie aus verlässlicher Quelle zu erfahren war, es hat ein (nichtbehinderter) Buchhalter in seine eigene Tasche gewirtschaftet, sodaß aus dieser Zeit noch die reservierte Haltung des Verbandes gegenüber der Aufnahme von nichtbehinderten Mitgliedern zu erklären ist. Gerade Berufskleidung war zu dieser Zeit ein gutgehender Artikel. Auch die Schuhwerkstätte ging bestens. Die Korbflechterei allerdings war ohnehin ein zum Tode verurteiltes Gewerbe, jedoch zu diesem Zeitpunkt noch familienerhaltend.



Ernst Kohn, ein Mit-Begründer des ersten „Krüppelvereines“ in Wien

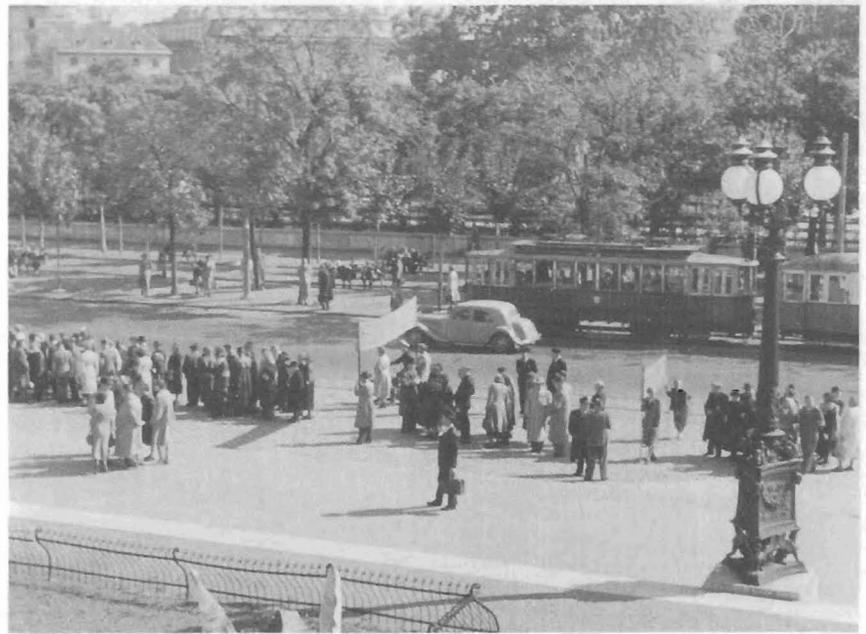
Am 1. November 1949 wird der „Zentralverband der Zivilinvaliden Österreichs“ gegründet. Ein akademischer Maler (Hans Susa), ein junger Rechtsanwalt (Dr. Hans Kaes) und ein Oberbuchhalter (Hans Polkorab) sind sowohl Initiatoren als auch Betreiber des Vereines. Mit einem (!) Schilling Mitgliedsbeitrag begann man, sich an die Ziele des Vereines heranzutasten.

Im Jahr 1950 vereinigen sich der „Krüppelverein“ Wien und die „Zentralorganisation der Zivilinvaliden Österreichs“, nahmen letzteren Namen an und stellten auch den Obmann.

1953 werden im § 102 Einkommensteuergesetz Freibeträge für behinderte Menschen eingeführt. Zum Vergleich sei hier erwähnt, wie schwer es war, diese Freibeträge zu erreichen. Mit Erlaß vom 16. Dez. 1944 wurden einem 50 % erwerbsgeminderten Zivilbehinderten 70 Reichsmark als monatlicher Freibetrag gewährt. Im Jahr 1962 konnte man bei 50 % Behinderung S 875,— monatlich abschreiben!!!

1955 geht sicher in die Geschichte der Selbstbewußtseinsentwicklung behinderter Menschen ein. **Am 14. Juni 1955** „humpelten, zappelten und fuhren“ (so ein behinderter Zeitzeuge) behinderte Menschen über die **Ringstraße**, um die **Gleichberechtigung** mit den **Kriegsinvaliden** herbeizuführen.







Am 14. Juni 1955 „humpelten“, „zappelten“ und „fuhren“ blinde und anders behinderte Menschen über die Ringstraße zum Bundeskanzleramt.

Erreicht wurde nichts und doch recht viel. – Der Personenkreis der Zivilblinden erreichte die Blindenbeihilfe.

Der Kampf der Körperbehinderten allerdings ging **unaufhaltsam weiter**. 1957 modernisierte sich die Denkweise Oberösterreichs. Die Krüppelgemeinschaft benannte sich ab nun „Österreichischer Körperbehindertenverband“, jedenfalls in Oberösterreich. Leider wurde nach dem Zusammenschluß (1962) der Name geändert und **bis heute** beibehalten.

Zwischenzeitig hat sich der Zivilinvalidenverband Wien, wie auch Oberösterreich und später auch die neugegründeten Landesgruppen, durch Weihnachtskarten-Verkaufsaktionen soweit aufgerappelt, daß ein kleines Büro und Weihnachtsfeiern hievon finanziert werden konnten. Auch an Breitenwirkung hat der Gesamtverband gewonnen. Die ersten Landesgruppenbildungen, wie z. B. Salzburg im Juni 1960, die Steiermark im Oktober 1960, Tirol im Juni 1961, Kärnten im Juni 1966, Vorarlberg und Burgenland im Mai 1975, wurden vollzogen.

Ein weiterer markanter Punkt in der **Entwicklung des ÖZIV** war die **Zusammenlegung** der beiden Organisationen, die in **Linz und Wien** bereits bestanden, und welche im **Februar 1962** durchgeführt wurde. Der neue Name wurde auf den heutigen festgelegt, nämlich Österreichischer Zivilinvalidenverband. Dieses Jahr ist im Grunde genommen auch als

Gründungs-jahr der noch nicht vorhandenen Bundeszentrale anzusehen, es gab erstmals „bundesweit“ gültige Statuten.

Beim **ersten Internationalen Welttag der Invaliden** in Belgien konnte die FIMITIC auch zwei österreichische Delegierte begrüßen. **Aus-schlaggebend für die Einführung des „Welttages der Invaliden“ war ein entsetzliches Grubenunglück in Belgien**. Als Mahnmal gedacht, wollten alle beiwohnenden Länder in ihren Ländern ebenfalls diesen später sehr wichtig werdenden Tag einführen. Daraufhin wurde auch in Österreich diese Veranstaltung alljährlich durchgeführt. Insgesamt wurden 30 Weltinvalidentage organisiert. Bei diesen konnten wichtige Anliegen an die Politiker herangetragen werden. So wurde z. B. ab dem Jahr 1962 bei allen Weltinvalidentagen die Forderung nach der doppelten Kinderbeihilfe wiederholt, bis sie 10 Jahre später realisiert wurde, oder, um ein anderes Beispiel zu geben, wurde bei allen Weltinvalidentagen ab 1987 die Forderung nach einem bundeseinheitlichen Pflegegeld als Motto gewählt, was anwesende Politiker baß erstaunte, weil dieses Thema nichts Spektakuläres sei und politisch nicht umsetzbar wäre. Wie sehr hat sich das Blatt gewendet. Nun steht Österreich im Rampenlicht der Welt, das als einziges Land eine umfassende Pflegevorsorge, basierend auf den Vorstellungen der Betroffenen, beschlossen hat.



WIT 1960-Forderung: doppelte Kinderbeihilfe im Bild Sozialminister Dr. Gerhard Weißenberg links neben stehender Frau Hofrat Dr. Hönig. Im Vordergrund rechts der ehemalige Sektionschef des BMAS, Dr. Karl ERNST



WIT 1990-Forderung: bundeseinheitliches Pflegegeld links: Präs. Dr. Klaus Voget begleitet den Bundespräsidenten Dr. Waldheim und Sozialminister Dr. Geppert in den Veranstaltungsraum in Kress



Dieser WIT wurde zum Anlaß genommen, unser Unverständnis zum Ausdruck zu bringen (siehe Transparente)



NR Manfred Srb und der ehemalige Präsident der ÖAR, DSA Heinrich Schmid



Hier begleitet Präsident Leobacher (2. von rechts) Alt-Bundespräsident Dr. R. Kirchschräger durch eine ÖZIV-Ausstellung.



An einem Tisch sitzend: ÖZIV – KOBV. Wann wird es endlich ein Verband? Sollte es überhaupt eine Zusammenführung geben? Wie stehen Sie dazu, liebes Mitglied?
Im Bild von links nach rechts: Reg.-Rat Georg Leitinger (Tirol), Prof. Ing. Willi Stoxreither (Kärnten), Präsident Dr. Klaus Voget, Redakteurin/Bundessekretärin Annemarie Siegel, Präsident des KOBV Otto Pohanka und Sekretär Hutterstrasser.



Besonnen und ausdauernd steuerte Reg.-Rat Ing. Franz Leobacher das schwerfällige ÖZIV-Schiff um alle Klippen, bis er 1984 aus Gesundheitsgründen die Ruderpinne an den Generalanwalt Dr. Karl Marschall übergab.

Zwischenzeitlich wurde von allen Landesgruppen die Wichtigkeit der Schaffung von Behindertengesetzen zur Forderung Nummer eins erhoben und auch durchgesetzt. Die Steiermark und Vorarlberg stehen hier an einsamer Spitze. Bereits im Jahr 1964 hatten sie ihre ersten Landes-Behindertengesetze, gefolgt von Oberösterreich und Tirol im Jahr 1965, 1966 folgte Wien; spät, aber doch schloß Salzburg den Landesbehindertengesetzereigen.

Organisationsmäßig wurde bis zum Jahr 1968 der „ÖZIV-Westen“ von Linz aus geleitet, und der „Osten“

wurde von Wien aus regiert. Im Jahr 1968 jedoch gab es weitreichende Veränderungen. Ein Zentralsekretariat wurde gegründet und Reg.-Rat Ing. Franz Leobacher zum Präsidenten gewählt. Die Finanzen allerdings zwangen den ÖZIV, „Schmalspurlösungen“ zu realisieren. Etliche ehrenamtliche Mitarbeiter spulden den Administrationsablauf ab. Unter anderem waren es hauptsächlich Ehefrauen von amtierenden Funktionären und viele „kleine“ Mitglieder, die Adressen schrieben, um die Hauptfinanzierungsquelle nicht zum Versiegen zu bringen, nämlich den Weihnachtskartenversand, Jahrbuchvertrieb und die üblichen Bettelaktionen. Ein Umstand, der sich im Grunde bis zum heutigen Tag nicht verändert hat. Diese Form der Bewältigung des Administrationsablaufes wurde sowohl in den Landesgruppen als auch im sogenannten Zentralsekretariat (der Bundeszentrale) gehandhabt.

Im Jahr 1968 wurde auch ein neues Forderungs- und Arbeitsprogramm der Öffentlichkeit vorgestellt, das unter anderem – neben der Forderung nach Geschützten Arbeitsplätzen und Geschützten Werkstätten – auch die Anerkennung als Interessenvertretung sowie regelmäßige Valorisierung der steuerfreien Pauschbeträge und auch die doppelte Kinderbeihilfe, aber auch eine eigene Lehrkanzel für Rehabilitationsmedizin und einheitliche Bauordnungen zur Beseitigung baulicher Barrieren, **behindertengerechte öffentliche**



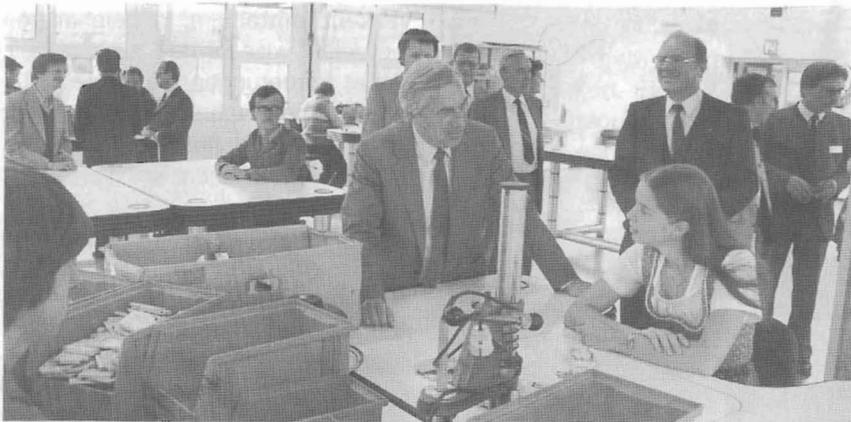
Der langjährige zukunftsorientierte Präsident des KÖV, Friedrich Karrer.

Verkehrsmittel u. a. m. beinhaltet. Sie selbst wissen, daß ein Großteil dieser Forderungen bis heute nicht erfüllt ist und wahrscheinlich wegen des Föderalismusdenkens nur schwer verwirklichtbar sein wird.

Als historisch besonders bedeutendes Jahr (zu beachten ist, daß seit 1945 mehr als zwei Jahrzehnte bereits verfloßen sind) in der österreichischen Sozialgesetzgebung aus der Sicht der behinderten Menschen ist wohl das Jahr 1969 anzusehen. Das Invalideneinstellungsgesetz wurde auch auf die **Zivilbehinderten ausgeweitet** und – **auf 20 Jahre befristet!** – beschlossen. Diese so wichtige Entwicklung konnte



Minister Gerhard Weißenberg war Vorreiter und Vordenker des Integrationsgedankens und Befürworter der „Geschützten Werkstätten“. Im Bild: Eröffnung der GWS Salzburg im Jahr 1980. Von links nach rechts: Sektionschef Dr. Karl ERNST, Minister Weißenberg, Alt-Landesobmann Andreas Moser sowie Stadtrat DDr. Rücker.



Eröffnung der Geschützten Werkstätte in Kärnten mit Sozialminister Dallinger im Jahr 1982.

nur dank der guten Zusammenarbeit mit dem Kriegsopferverband erreicht werden. Eine unbefristete Beschlußfassung erfolgte im Jahr 1989. Hierbei war eine einheitliche Vorgangsweise aller Behindertenorganisationen notwendig, und sie erfolgte auch erfreulicherweise.

1971 wurde die Befreiung von der Telefon-, Fernseh- und Rundfunkgebühr erreicht. In die siebziger Jahre fällt vor allem die produktive Tätigkeit des Sozialministers Dr. Gerhard Weißenberg, und die Grundsteine für die lange geforderten Geschützten Werkstätten wurden teilweise gelegt. Und die Landesgruppen des ÖZIV werden Gesellschafter. Auch die Gründung der Dachorganisation aller Behindertenverbände Österreichs, der ÖAR, fällt in diese Zeit.

Was ebenfalls langsam greift, ist im Wohnbau auch Behindertenwoh-



Zum Auslaufen der „UN-Dekade der Behinderten“ wurde durch den Club Handikap ein Gedenkstein gesetzt. Im Bild vorne Präsident Dr. Klaus Voget, hinter ihm stehend UN-Vertreter Hans Hoegh und rechts vom Gedenkstein Josef Leo Neudhart.

nungen einzuplanen, was bedeutet, daß auf allen Ebenen ein langsames Umdenken, ein Verstehen für den behinderten Mitmenschen wächst.

Daher ist es nur logisch, daß das „Jahr der Behinderten“ und die „UN-Dekade der Behinderten“ kommen mußte. 1981 war ein Impulsjahr, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Betroffenen und für Politiker.

Die im Jahr 1981 gegebenen Zusagen wurden zwar nur teilweise erfüllt, aber die Diskussion über Behindertenthemen blieb zehn Jahre lang aufrecht. Was jedoch verwirklicht wurde, ist ein Symbol, nämlich ein Gedenkstein in der UNO-City Wien, der vom „Club Handikap“ vorausblickend gesetzt wurde.

Es steht dieses Symbol für vieles, das erst in Hinkunft sich entwickeln sollte.

So zum Beispiel die Pflegevorsorgeforderung. Obwohl sich die Forderung von der Endfassung einigermaßen unterscheidet, ist es trotzdem ein wichtiger Schritt in der sozialpolitischen Landschaft. Mehr als bisher, so meint Sektionschef Dr. Gerd Gruber vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der österreichischen behinderten Menschen können dank des am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen Bundespflegegeldgesetzes eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren.

An dieser Stelle soll das Engage-

ment eines Mannes hervorgehoben werden, dem es gelungen ist, alle Verhandlungspartner während der jahrelangen Arbeitskreissitzungen immer wieder zu einer Gesprächsbasis zu führen, die auch am Ende nur als positiv zu bezeichnen war. Die Rede ist von Sektionschef Dr. Gerd Gruber und seinen Mitarbeitern vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



Sektionschef Dr. Gerd Gruber



Aus anderer Perspektive: Wie wenige Menschen viel bewirken können. Der ÖZIV stand anfänglich vollkommen allein vor dem Parlament, um die „Pflegeversicherung“ aus einem Gleichheitsgrundsatz heraus zu bewirken. Im Bild: Von links nach rechts: Frau Müller vom ÖZIV Wien, VP Günter Schleser, dahinter VP Dr. Friedrich Matousek, Herr Gigerl aus Graz und rechts der verstorbene ÖZIV-Präsident Dr. Karl Marschall und Frau NR Partik-Pablé. Alle anderen Personen waren von der Presse mit dabei. Dieser 17. April 1987 ging sicher in die Geschichte der österreichischen Sozialgesetzgebung ein. Nicht auf dem Bild, weil er fotografierte: der Vater des „Pflegegeldgedankens“, Hans Aicher.



Dr. Karl Marschall, Herr Gigerl aus Graz und andere bei der Unterschriftenübergabe an Frau Abg. z. NR Dr. Partik-Pablé am 17. April 1987. – So klein die Päckchen auch aussehen mögen, es waren 64.000 Unterschriften.

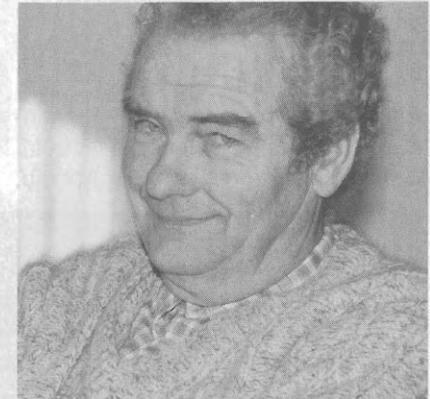
Der Weg hin zum Bundespflegegeldgesetz ist vor allem ein Beweis dafür, daß die behinderten Menschen Österreichs, hier seien vor allem die Mitglieder des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes lobend hervorgehoben, sich schon selbstbewußt genug fühlten und eine vom Staat vergessene, absolut wichtige Lücke aufdeckten, eine Unterschriftenaktion starteten und **ohne jegliche Unterstützung allein bewältigten.** Dies alles unter dem damals unglaublich engagierten, selbst schwerstbehinderten Präsidenten, Herrn Generalanwalt Dr. Karl Marschall.



Dr. Karl Marschall war ein starker Motor für unseren Verband.

Dr. Marschall war der starke Motor für andere Funktionäre und nahm die Anregung **Hans Aichers** unter der Mitstreiterschaft Günter Schlesers und Frau Dr. Wiesenbergers zum Anlaß, nicht nur diese Forderung, sondern auch die nach der Finanzierung aller Behindertenorganisationen sowie der nach der Fahr-

preisermäßigung auf allen ÖBB-Linien und die Finanzierung des Behindertensportes als Petition im Parlament einzureichen.



Hans Aicher, der Vater des Gedankens „Pflegevorsorge“, ist „gereift“ beim Kampf ums bundeseinheitliche Pflegegeld. Von der Idee, über das Initiieren bis hin zur Realisierung sind eben Jahre verflossen.



Einer der wichtigsten Mitstreiter in diesem Kampf war Vizepräsident Günter Schleser.

Hier muß der Abgeordnete zum Nationalrat, DSA Manfred Srb, erwähnt werden. Durch seine Aufmerksamkeit wurde die Petition nicht schubladiert, und das Schicksal nahm seinen Lauf.

1987 ist Dr. Marschall verstorben. Ein neuer Präsident, ein Quereinsteiger der jungen Generation, kam. Er, Dr. Klaus Voget, sah auf Anhieb,

jemand von einer „abstrakten Idee“ zu überzeugen.

Nicht unerwähnt dagegen dürfen die Aktionisten aus dem Hintergrund bleiben. Denn ohne die Hungerstreikaktion (hier sei Dorli Brozek und ihrer liebevollen Mama ein kleines Denkmal in Form eines bescheidenen Dankeschöns gesetzt) im Parlament, ohne die beiden Mahn-



*Dr. Klaus Voget – Präsident seit 1987 – nahm **alle** Gelegenheiten wahr, um über unsere so wichtige Forderung nach einheitlichem Pflegegeld zu reden – hier im Bild mit dem Vorarlberger Vorreiter, LAbg. Fredy Mayer, und dem Präsidenten des Liechtensteiner Verbandes, Herrn Senti †.*

daß die Forderung „Pflegegeldvorsorge“ ein verwirklichtbares, aber vor allem ein sozialpolitisch sehr wichtiges Programm wäre. Hunderte von Gesprächen und Verhandlungen waren die Folge, um das nötige Verständnis für die „Sache“ zu erreichen. Die Schwierigkeiten, die Dr. Voget zu überwinden hatte, kann nur der ermessen, der je versucht hat,

wachen vor dem Stephansdom (ein Dankeschön sei hier dem unermüdlischen und unglaublich engagierten Universitätsassistenten Dr. Volker Schönwiese gesagt), ohne die mittlerweile entstandene Kooperation und Solidarisierung anderer Behindertenorganisationen mit unserer „Pflegegeld“-Forderung und ohne die beiden Demonstrationen wären



Mahnwache vom 21. September 1992, von NR Manfred Srb und Betroffenen sowie unserer Jugend initiiert.



vielleicht die Dinge nicht so gelaufen, wie sie eben gelaufen sind. Ganz speziell die erste vor dem Finanzministerium war wichtig und sicher eindrucksvoll. Wir berichteten laufend in unseren diversen Medien. Hier müßten einfach zu viele Namen aufgezählt und bedankt werden, und doch würde der zur Verfügung stehende Platz nicht reichen.

Der Beginn unseres dornenreichen Weges hin zum Pflegegeldgesetz war die Unterschriftenaktion. Um nur einen Helfer bei der Unterschriftenaktion zu erwähnen: Robert Hügel sammelte in Preßbaum (NÖ) beinahe 2.000 Unterschriften.



Um es den Verantwortlichen vor Augen zu führen, kam ein Bettlägriger stellvertretend für tausende nichtanwesende Bettlägrige.



Endlich treten Betroffene selbst aus dem Dunkel heraus und wehren sich. Foto: Dorli Brozek als Vertreterin des „Jungen Forums“ wie auch Mama kamen.



Altpräsident des Blindenverbandes, Hofrat Bleier.



Alt und jung waren gleichermaßen interessiert.



Generalsekretär Heinz Schneider absolut glücklich über die starke Beteiligung. – Immerhin kamen mehr als 1.500 Personen zu dieser Demonstration.



Annemarie Srb, engagierte Befürworterin der Independence Living-Bewegung, unterstützte uns tatkräftigst.



Die Steirer, wenn auch Wahlsteirer, kamen, um der Sache zum Durchbruch zu verhelfen.

Niederösterreich, fröhlich und gut gelaunt wie immer.





Schon wie bei der 1. Demonstration kamen Bettlägige stellvertretend für tausende Leidgenossen.



Sozialminister Hesoun hielt sich unter den Demonstrant(inn)en auf, um die Meinung der Betroffenen zu hören, aber auch, weil er sich solidarisch fühlte.



Kärntner Teilnehmer(innen)



Mitglieder des Vereines „Integration gemeinsam leben, gemeinsam lernen“ solidarisieren sich mit der Sache.



Ein Dankeschön an die blinden Menschen.



Präsident Dr. Klaus Voget versuchte durch das Gedränge durchzukommen, um Minister Lacina seine Aufmerksamkeit zu machen.



Ing. Hofer und Freund bewirkten, daß unsere Demo kein Flop wurde. Sie brachten uns eine Lautsprecheranlage. Danke!



Abg. z. NR DSA Manfred Srb von den Grünen im Gespräch.



Vizebürgermeister Mayr aus Wien hat bis zuletzt versucht, das Bundespflegegeldgesetz zu verhindern.